1. Nachtragshaushaltssatzung nebst – plan der Verbandsgemeinde Gerolstein für das Haushaltsjahr 2019 – Genehmigungsschreiben der Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung Vulkaneifel vom 06.12.2019

hier: Stellungnahme der Verwaltung

1. Beanstandung der einmaligen Sonderumlage „Breitbandausbau“

Es darf auf den Beschluss des Verbandsgemeinderates vom 12.03.2020 verwiesen werden. Dieser lautet:

„Der Verbandsgemeinderat teilt die Bewertung des Sachverhaltes durch die Verwaltung und beschließt, auf die im Nachtragshaushalt 2019 festgesetzte „Sonderumlage Breitband Obere Kyll“ zu verzichten und den entsprechenden Beschluss, der im Rahmen der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt 2019 am 31.10.2019 gefasst wurden, aufzuheben.

Der Betrag in Höhe von 50.468,96 € wird von der VG Gerolstein übernommen werden. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden im Nachtrag 2020 neu eingestellt. Die Verwaltung wird ermächtigt, die offene Forderung gegenüber dem Landkreis als außerplanmäßige Ausgabe auszugleichen, wenn die Schlussabnahme erfolgt ist und alle Mängel beseitigt sind.“

2. Erstellung der offenen Jahresabschlüsse 2018 sowie der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019

Der Jahresabschluss 2018 der ehemaligen Verbandsgemeinde Gerolstein ist erstellt.

An der Erstellung der Jahresabschlüsse 2018 der ehemaligen Verbandsgemeinden Hillesheim und Obere Kyll wird zurzeit gearbeitet. Mit deren Fertigstellung ist im Juni 2020 zu rechnen.

Anschließend steht die Prüfung dieser Jahresabschlüsse durch den Rechnungsprüfungsausschuss an.

Eine Terminabstimmung steht noch aus. Ziel sollte es sein, diese Prüfungen im Juni bzw. Juli d. J. vorzunehmen.

Nach Prüfung sind die Jahresabschlüsse vom Verbandsgemeinderat festzustellen, möglichst in der ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Daran schließt sich die Erarbeitung der Eröffnungsbilanz der neuen Verbandsgemeinde zum Stichtag 01.01.2019 an.

3. Genehmigung der Investitionskredite unter der Bedingung, dass die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausschließlich zur Finanzierung von Maßnahmen im Sinne der Ziffer 4.1.3 der VV zu § 103 GemO verwendet werden

Zur Gesamtgenehmigung der Investitionskredite bestimmt die Verwaltungsvorschrift (VV) Nr. 4 zu § 103 GemO:

„Nach § 103 Abs. 2 Satz 2 GemO hat die Aufsichtsbehörde bei der Gesamtgenehmigung die im Haushaltsplan vorgesehene Kreditaufnahme unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft zu überprüfen und dabei besonders darauf zu achten, dass die vorgesehenen Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen. Die Gesamtgenehmigung ist nur zu erteilen, wenn die Überprüfung ergibt, dass beide Voraussetzungen

erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde hat die Gesamtgenehmigung zu beschränken, soweit die beabsichtigte Kreditaufnahme mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht in Einklang steht und insofern eine geordnete Haushaltswirtschaft gefährdet.“

Die VV Nr. 4.1.3 zu § 103 GemO regelt als Ausnahmen vom Grundsatz gemäß VV Nr. 4.1:

„Ausnahmen sind nur zulässig, soweit

1. die Kreditaufnahme notwendig ist zur Finanzierung eines bereits begonnenen Vorhabens, für das abgeschlossene Bauabschnitte technisch nicht gebildet werden können oder zur Finanzierung eines noch nicht begonnenen Vorhabens, das unabweisbar erscheint, weil seine Unterlassung zu schweren Schäden oder Gefahren führen würde (z. B. ein Schulhaus oder eine Brücke drohen einzustürzen), oder
2. die Kreditaufnahme zur Finanzierung eines Vorhabens benötigt wird, das sachlich sowie zeitlich besonders wichtig ist und eine Förderung von mindestens 60 v. H. seitens des Landes und/oder Dritter erfährt, wenn im Rahmen einer Gesamtbetrachtung die zusätzliche Haushaltsbelastung aus Schuldendienst und Folgekosten des Vorhabens haushaltswirtschaftlich als noch vertretbar erscheint, oder
3. durch Übernahme des Schuldendienstes auf Dauer durch eine öffentliche Kasse die vorgesehene Kreditaufnahme keine weitere Belastung der Finanzwirtschaft zur Folge hat, oder
4. die Kreditaufnahme notwendig ist zur Finanzierung des kommunalen Eigenanteils an einer durch Landeszuweisung geförderten Investition, die nach § 18 Abs. 2 Nr. 3 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) aus dringenden Gründen des Gemeinwohls für notwendig erklärt wurde.

Die Kommunalaufsicht macht mit der Genehmigung der Investitionskredite für alle investiven Vorhaben nur unter der Bedingung, dass die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausschließlich zur Finanzierung von Maßnahmen im Sinne der Ziffer 4.1.3 der vorstehend dargelegten VV (Ziffer 4.1.3) zu § 103 GemO deutlich, dass sie die Kreditgenehmigungsfähigkeit im Hinblick auf die sehr hohe Investitionsverschuldung nur eingeschränkt bejaht.

Für zukünftige Investitionsvorhaben, die zu ihrer Finanzierung auf die Inanspruchnahme von Investitionskrediten angewiesen sind, ist jeweils unsererseits zu prüfen und darzulegen, dass mindestens einer der vorstehend aufgeführten Ausnahmetatbestände vorliegt.

4. Versagung Kreditgenehmigung Investitionsmaßnahme „Sanierung Fachräume Physik und Biologie, Grund- u. Realschule plus in Jünkerath“.

Die Kreditgenehmigung wurde seitens der Kommunalaufsicht zunächst versagt mit der Begründung, dass keine der unter Nr. 3 genannten Ausnahmetatbestände der VV Nr. 4.1.3 zu § 103 GemO greife. Die Ausnahme Nr. 4.1.3.2 (Förderung mindestens 60 v. H. und zusätzliche Haushaltsbelastung vertretbar) sei entfallen, da diese Maßnahme nicht aus Mitteln des kommunalen Investitionsförderungsprogramms KI 3.0 (2. Kapitel) förderfähig sei.

Nach ergänzender Stellungnahme der Verwaltung gegenüber der Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 10.01.2020 hat die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 12.02.2020 die Kreditgenehmigung für diese Maßnahme erteilt.

5. Veranschlagung Zentrale Sportanlage Gerolstein, Erneuerung Leichtathletikanlage – Kostenbeteiligung der Stadt Gerolstein

Die Kostenbeteiligung der Stadt Gerolstein ist über zwei Haushaltsjahre eingeplant und beträgt insgesamt 30.000 €.

Im Haushaltsjahr 2019 sind im städtischen Haushalt 20.000 € bereitgestellt und im Jahr 2020 die restlichen 10.000 € (Seite 377 des Stadthaushaltes 2020).

Der Anteil der Verbandsgemeinde beträgt unter Berücksichtigung des städtischen Anteils 30.000 € und ist über Investitionskreditaufnahme finanziert.